



Bund der Steuerzahler Schweiz

DAS STEUERZÄHLER-BULLETTIN



Keine zusätzlichen Steuern!

Warum es weiterhin eine griffige
Schuldenbremse braucht



DAS STEUERZÄHLER-BULLETIN

Ausgabe: Mai 2024

*Herausgeber: Bund der Steuerzahler BDS
8000 Zürich*

*Tel. 044 451 18 10
Fax 044 451 18 12
www.bds-schweiz.ch*



Layout: Optinovum GmbH, 3018 Bern

Druck: Coloroffset AG, 3012 Bern

*Quelle: Mikael Huber, Schweizerischer Gewerbeverband
sgv/usam, Schweizerische Gewerbezeitung Nr. 14,
140. Jahrgang, vom 15. September 2023*

Bilder / Grafik: unsplash.com / efd.admin.ch

Keine zusätzlichen Steuern!

Warum es weiterhin eine griffige Schuldenbremse braucht

Die Bruttoschulden des Bundes stiegen von 96,3 Milliarden Franken im Jahr 2019 auf 120 Milliarden im Jahr 2022. Corona alleine greift als Erklärung zu kurz. Wichtig ist nun, die Schuldenbremse nicht anzutasten und Lösungen für die wachsenden gebundenen Ausgaben zu finden.

Mikael Huber, Schweizerischer Gewerbeverband (sgv/usam)

Der Bund gibt mehr aus, als er einnimmt. Für das Budget 2024 sehen die Bundesbehörden vor, 89,7 Milliarden Franken auszugeben (+4,1 Prozent), während sie 83,1 Milliarden Franken einnehmen (+2,1 Prozent). Die Differenz wird auf das Konto der Staatsschulden gehen.

Einige werden anmerken, dass wenigstens die Steuern nicht erhöht werden; andere werden sich freuen, von den Ausgaben zu profitieren – und wieder andere werden sich fragen, wie das auf lange Sicht Bestand haben kann.

Ja, es gibt die Möglichkeit, sich zu verschulden, um die überschüssigen Ausgaben zu bezahlen. So ist es interessant zu lesen, dass laut der Eidgenössischen Finanzverwaltung die Träger des Ausgabenanstiegs insbesondere die soziale Vorsorge und die Schuldzinsen sind.

In der Schuldenspirale

Konkret bedeutet dies, dass die Schuldzinsen die Bundesbehörden zu steigenden Ausgaben zwingen, was zu einem Defizit führt, das durch – genau: Schulden ausgeglichen wird, die wiederum die Schuldzinsen erhöhen, die wiederum die Ausgaben steigen lassen und so weiter. Es ist klar, dass es hier ein Problem gibt, das gelöst werden muss.

Die Überlegung ist umso interessanter, als einige Wirtschaftswissenschaftler beim Bund behaupten, dass die Verschuldung der Schweiz nicht schlimm sei. Andere Länder seien viel höher verschuldet. Tatsächlich belaufen sich die

Schulden der öffentlichen Verwaltung (Bund, Kantone und Gemeinden) auf 40 Prozent des jährlichen Bruttoinlandprodukts (BIP). Wie der liberale französische Ökonom Frédéric Bastiat im 19. Jahrhundert schrieb: «Warum sind unsere Finanzen gestört? Weil es für die Abgeordneten nichts Leichteres gibt, als eine Ausgabe zu beschliessen, und nichts Schwierigeres, als eine Einnahme zu beschliessen. Ich weiss noch einen Grund dafür. Jeder will auf Kosten des Staates leben, und man vergisst, dass der Staat auf Kosten aller lebt.»

Schulden müssen bezahlt werden

Das ist ein grosser Teil des Problems, erstens sind Ausgaben leichter und beliebter anzuordnen als Einnahmen, zweitens ist es einfach, Schulden zu machen und auf Kosten des Staates zu leben oder das Geld des Staates auszugeben, da die Finanzierung der Ausgaben nicht direkt einem selbst, sondern dem Staat obliegt. Der Schweizerische Gewerbeverband sgV teilt diese Haltung nicht, denn eines ist sicher: Die Schulden müssen eines Tages bezahlt werden. Und die Erfahrung zeigt: Die KMU werden als wichtige Quelle für die Schaffung von Wohlstand einen grossen Teil der Rückzahlungen tragen.

Es ist an dieser Stelle anzumerken, dass der Zustand der Bundesfinanzen bis 2019 vorbildlich war. Der Finanzierungssaldo sowohl des ordentlichen als auch des ausserordentlichen Haushalts war seit 2009 positiv. Das Jahr 2020 weist aufgrund der Covid-19-Krise einen Finanzierungssaldo (Ausgaben abzüglich Einnahmen) von 15,8 Milliarden Franken aus. Selbst der Finanzplan von 2024 bis 2026 sieht keine Rückkehr zu einem positiven Saldo der



Der Staat macht Schulden, aber Private müssen die Last tragen.

*«Warum sind unsere Finanzen gestört?
Weil es für die Abgeordneten nichts
Leichteres gibt, als eine Ausgabe zu
beschliessen, und nichts Schwierigeres,
als eine Einnahme zu beschliessen.
Ich weiss noch einen Grund dafür.
Jeder will auf Kosten des Staates
leben, und man vergisst, dass der
Staat auf Kosten aller lebt.»*

Frédéric Bastiat, französischer Ökonom



Bundesfinanzen vor. Es handelt sich dann um strukturelle Defizite, die besondere Massnahmen erfordern werden, um sie zu beheben. Infolgedessen stieg die Bruttoschuld des Bundes, welche die laufenden Verbindlichkeiten sowie die kurz- und langfristigen finanziellen Verpflichtungen umfasst, von 96,3 Milliarden Franken im Jahr 2019 auf 120 Milliarden im Jahr 2022.

Covid als Grund reicht allein nicht

Der Anstieg der Ausgaben lässt sich jedoch nicht monokausal mit der Covid-19-Krise erklären. Der Druck auf die Budgets erklärt sich durch die höheren Ausgaben für das Militär, und insbesondere die Ausgaben für die AHV und das Gesundheitswesen.

Laut dem erläuternden Bericht zum Bundesgesetz über Massnahmen zur Entlastung des Bundeshaushalts ab 2025 kommen aber noch weitere mögliche zukünftige Ausgaben hinzu: der Wiederaufbau der Ukraine, der Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung, die Entlastung bei den Krankenkassenprämien und der Ausbau des Klimaschutzes. All dies führt zu diesen strukturellen Defiziten im Budget und im Finanzplan.

Der sgV fordert den Bund auf, durch Sparmassnahmen wieder einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, die Schuldenbremse zu wahren, eine Lösung für die steigenden gebundenen Ausgaben zu finden und keine zusätzlichen Steuern zur Deckung der Ausgaben zu erheben.

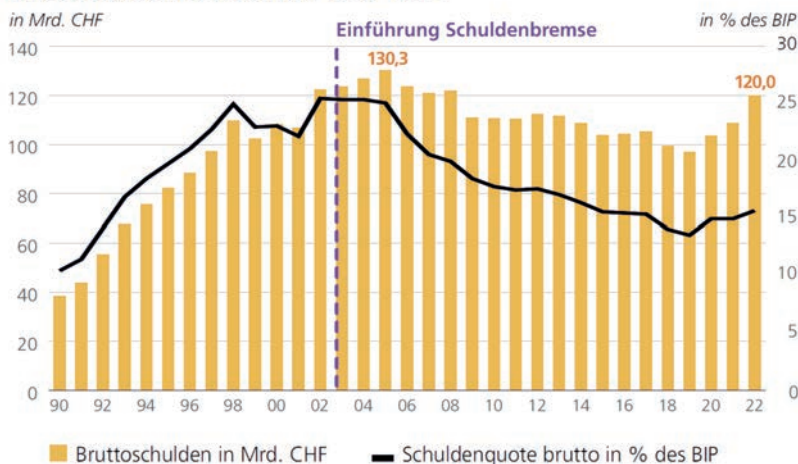
Die Schuldenbremse – Rettungsanker der Finanzpolitik

Im Jahr 2003 eingeführt, dient die Schuldenbremse seither als Anker für die Finanzpolitik des Bundes. Mit einer Veranstaltung zum 20-jährigen Bestehen blickte die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) zusammen mit Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft – darunter der «Vater» der Schuldenbremse, Alt-Bundesrat Kaspar Villiger, sowie die aktuelle Finanzministerin Karin Keller-Sutter – auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft dieser Fiskalregel. Ein neues Working Paper der EFV bietet zudem anhand der internationalen Forschungsliteratur einen Überblick zur Wirksamkeit von Fiskalregeln.

Die Schuldenbremse ist ein effizienter Mechanismus zur Steuerung der Gesamtausgaben des Bundes. Durch verbindliche Vorgaben setzt sie einen Rahmen für eine Priorisierung der Ausgaben, stärkt die mittelfristige Finanzplanung und diszipliniert so Parlament und Verwaltung.

Zur Erinnerung: In den 1990er-Jahren gerieten die Bundesfinanzen aus dem Gleichgewicht. Innerhalb weniger Jahre führten Milliardendefizite zu einem starken Anstieg der Verschuldung, der durch die Ausfinanzierung der Pensionskassen des Bundes und der bundesnahen Betriebe noch verstärkt wurde. Der Ruf nach einer konkreten und wirksamen Fiskalregel wurde lauter. 2001 hat die Stimmbevölkerung den entsprechenden Verfassungsartikel mit 84,7 Prozent Ja-Stimmen überdeutlich angenommen.

Bruttoschulden des Bundes 1990–2022





Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband *sgv* über 230 Verbände und über 600'000 KMU, was einem Anteil von 99,8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht.

Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Prioritäten setzen!

Ideen-Reichtum gehört nicht zu den Stärken des Staates. Geht es aber um neue oder zusätzliche Steuereinnahmen, scheinen der Fantasie keine Grenzen gesetzt. Der Bund der Steuerzahler hält hier entgegen und verlangt, dass auch der Staat endlich Prioritäten setzt.

Im bürgerlichen Lager ist weitgehend unbestritten, dass die Landesverteidigung gestärkt werden muss. Geht es um die Finanzierung dieser Investitionen, gelangen mitunter kreative Vorschläge an die Öffentlichkeit. Ein FDP-Nationalrat verlangt eine Wehrabgabe für Unternehmen, die Mitte-Partei liebäugelt mit einer «befristeten» Mehrwertsteuer-Erhöhung. Im Grunde sind beide Ideen nicht nötig, da bereits eine Einnahmequelle existiert: Die Direkte Bundessteuer.

Während des Zweiten Weltkriegs wurde die Wehrsteuer eingeführt, um die Verteidigungsvorhaben finanzieren zu können. Der Krieg endete 1945, die Steuer blieb allerdings über Jahrzehnte weiterbestehen, ehe sie 1983 in «Direkte Bundessteuer» unbenannt wurde. Heute gehört diese Steuer zu den wichtigsten Einnahmequellen des Bundeshaushaltes. Auch wenn der Name geändert und die Mittel für andere Bereiche verwendet werden, ist der ursprüngliche Zweck im Grunde klar. Es liegt daher an Bundesrat und Parlament, die Erträge aus dieser Steuer wieder vordringlich der Landesverteidigung zuzuführen. Dies wäre auch aus staatspolitischen Überlegungen die richtige Vorgehensweise. Die Wahrung der öffentlichen Ordnung ist die erste Aufgabe des Staates. Sie garantiert alle Freiheiten, welche in unserer Verfassung festgehalten sind.

Wie Unternehmen, private Haushalte oder Vereine muss auch der Staat nun endlich wieder lernen, Notwendiges von Wünschenswertem zu trennen. Sind die Mittel begrenzt, müssen Prioritäten gesetzt werden. Nicht ohne Grund heisst es: «Gouverner c'est prévoir.»

Janosch Weyermann
Berner Stadtrat und Vorstandsmitglied BDS



Der Sparauftrag ist klar!

Jährlich gibt der Bund Milliarden Franken für den Ausländerbereich aus. Die jüngste Abstimmung über die «13. AHV-Rente» macht deutlich: Das Gros der Schweizerinnen und Schweizer hat genug davon, nur für andere arbeiten – und somit Steuern zahlen – zu müssen.

Das klare Ja zur «13. AHV-Rente» und somit zum Leistungsausbau beim wichtigsten Sozialwerk des Landes liess schnell die Frage aufwerfen, ob einer Mehrheit der Bevölkerung der finanzpolitische Kompass verloren gegangen sei. Wer mit den Menschen ins Gespräch kommt, stellt allerdings rasch fest, dass das Gegenteil der Fall ist. Viele Leute haben genug von einer zügellosen Finanzpolitik, die von ihnen zunehmend als negativ empfunden wird. Geld sei vorhanden, es müssten jedoch wieder Prioritäten im Inland – und somit bei der eigenen Bevölkerung – gesetzt werden.

Hätte sich der Bundesrat während des Abstimmungskampfes ein wenig bei der Basis umgehört, hätte er einen klaren Sparauftrag entgegennehmen können. Statt Milliarden für den Asylbereich und für die Entwicklungshilfe auszugeben, sollen die Steuermittel zielgerichtet der AHV zugeführt werden. Das Abstimmungsergebnis ist nicht zuletzt auch ein Verdikt gegen die Politik in Bundesbern. Für alle und alles scheint Geld vorhanden zu sein, nur nicht für die arbeitende Bevölkerung – so der allgemeine Tenor.

Angekommen scheint die Botschaft allerdings nicht zu sein. Zur Finanzierung der AHV plant die Landesregierung – einmal mehr – höhere Sozialabgaben für Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Es wäre nicht zuletzt eine erneute Umverteilung zu Lasten derer, denen man mit der «13. AHV-Rente» eigentlich helfen wollte.

Sollte sich diese Formel zur Rentenfinanzierung durchsetzen, sollte auch dem Letzten klar sein: Der Staat braucht nicht mehr Geld, sondern eine stärkere Kontrolle. Der BDS wird gefordert sein, diesbezüglich Einfluss zu nehmen!

Sandra Schneider
Grossrätin und Stadträtin, Biel/Bienne



Bund der Steuerzahler (BDS) Schweiz

BDS Schweiz

Search here...

AKTUELL | WIR ÜBER UNS | KAMPAGNEN | MITGLIEDSCHAFT | KONTAKT

Aktuellste Beiträge

Der BDS freut sich über das Ergebnis zur Abstimmung über das Steuergesetz im Kanton Zug!

BDS Schweiz | 29. November 2023 | 0 Comments

Das Steuergesetz wurde mit 72,3% angenommen. Der Bund der Steuerzahler hat mit tatkräftiger Unterstützung mitgeholfen, dieses sehr erfreuliche Ergebnis zu erzielen.



BDS Zug

«Der Steuerwettbewerb ist einer der Erfolgsfaktoren der Schweiz»

BDS Schweiz | 4. September 2023 | 0 Comments

Alfred Heer, Nationalrat und Präsident des Bundes der Steuerzahler, erklärt, wie wir das Wachstum des Staates stoppen und die Steuerzahler entlasten können. Einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung könnten wir bei den eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober tun. Heer...

[READ MORE](#)

BDS
BDS-Schweiz
8000 Zürich
Tel.: 079 302 10 09
Fax: 031 981 39 82
info@bds-schweiz.ch

Mitglied werden
[Werden Sie heute noch Mitglied!](#)



[Brochure Mitglieder](#)
[Stufen BDS Schweiz](#)

Spenden
Unterstützen Sie den BDS finanziell:
PC 80-7627-7
IBAN CH51 0900 0000 8000 7627 7
Wir-Spenden sind ebenfalls herzlich willkommen!

News und Informationen
über unsere Tätigkeiten
lesen Sie online auf:

www.bds-schweiz.ch



Wir setzen uns für Sie ein!

Der **Bund der Steuerzahler (BDS)** ist die unabhängige, gemeinnützige und parteipolitisch neutrale Schutzvereinigung aller Steuerzahler in der Schweiz.

Seine rund 3'000 Mitglieder kommen aus allen Kreisen der Bevölkerung. Mit ihren Beiträgen geben sie dem Bund der Steuerzahler die gerade im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik notwendige finanzielle Eigenständigkeit. Mit Ihrer Mitgliedschaft unterstützen Sie die Tätigkeiten des BDS.

Wir setzen uns ein ...

- für ein zeitgerechtes Steuer- und Abgabesystem,
- für eine Vereinfachung der Besteuerung,
- für eine Reduktion der Steuer- und Abgabenlast,
- für eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung,
- für einen Abbau des Schuldenberges und der Defizite in den öffentlichen Haushalten von Bund, Kantonen und Gemeinden,
- für die Verhinderung der Verschwendung von Steuergeldern,
- für einen leistungsfähigen und starken, aber dennoch schlanken Staat.

Wir schauen dem Staat auf die Finger:

- Wir bekämpfen die Gesetzesflut.
- Wir machen konkrete Vorschläge zur Verbesserung von Gesetzen.
- Wir vertreten die Interessen der Steuerzahler bei Vernehmlassung zu neuen Gesetzen.
- Wir erarbeiten Gutachten wie auch Stellungnahmen zu den wichtigen finanz- und steuerpolitischen Geschäften und Themen.
- Wir überprüfen die Budgets von Bund, Kantonen und Gemeinden.
- Wir werten Rechnungsprüfungsberichte aus.
- Wir sagen, wie Ausgaben eingespart und Steuererhöhungen vermieden werden können.



**Werden Sie jetzt Mitglied beim
Bund der Steuerzahler!**

www.bds-schweiz.ch
oder Anmeldetalon auf der letzten Seite ausfüllen



Damit wir unsere Ziele erreichen können, sind wir auf Mitsstreiter angewiesen. **Werden Sie jetzt BDS-Mitglied**, um unsere Anliegen zu unterstützen. Vielen Dank!

Jahresbeitrag: Mitgliedschaft auf

- Einzelmitglied Fr. 35.– **Lebenszeit:**
 Ehepaar Fr. 50.– Einzelmitglied Fr. 600.–
 Firma Fr. 100.– Ehepaar Fr. 750.–

- Ich möchte den BDS finanziell unterstützen!**
Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein zu.

Firma _____

Vorname / Name _____

Strasse / Nr. _____

PLZ / Ort _____

Telefon / Natel _____

E-Mail-Adresse _____

Datum, Unterschrift _____



Bund der Steuerzahler BDS
8000 Zürich